



## Resolution zur Schmarotzer-Politik der links-grünen Städte

*verabschiedet durch die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz  
am 23. Oktober 2021*

In den **links-grün regierten Kernstädten** herrscht eine **anmassende und bevormundende Arroganz gegenüber allen Andersdenkenden**. Diese Kernstädte sind die Heimat der Luxus-Sozis, die verächtlich auf die Land- und Agglomerationsbevölkerung herabschauen und ihnen vorschreiben wollen, wie sie zu leben und zu reden haben. Sie moralisieren, predigen Wasser und trinken selber Wein: Sie wollen allen anderen das Fliegen, insbesondere auf Kurzstrecken verbieten, jetten aber selber für ein Selfie mit SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz nach Berlin. Wie weit sich die urbanen Luxus-Sozis **von der Lebensrealität der leistungsbereiten und hart arbeitenden Menschen entfernt** haben, zeigt die Aussage des Co-Präsidenten der SP, seine Partei setze sich für die Búezer ein, die morgens um 8 Uhr aufstehen... Da ist die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung schon zwei Stunden auf den Beinen.

Die Stadt-Linken leben in einer anderen Welt als die vorwiegend bürgerliche Land- und Agglo-Bevölkerung. Dabei versuchen sie, ihre **Umverteilungs-Ideologie** und ihren **urbanen Lebensstil** für alle anderen als verbindlich zu erklären: Weil sie Tram und Bus vor der Haustüre haben, sollen gefälligst auch alle anderen auf das Auto verzichten oder mehr dafür bezahlen müssen. Dabei ist es den verwöhnten Luxus-Sozis völlig egal, dass viele Betroffene auf ein eigenes Verkehrsmittel angewiesen sind – wie ein Grossteil der Landbewohner oder die KMU

Die Bilanz der Analyse aktueller Brandherde des Stadt-Land-Konflikts in der Schweiz ist **alarmierend**: Die links-grün regierten urbanen Zentren profitieren über verschiedene Kanäle massiv von Transferzahlungen der Land- und Agglo-Bevölkerung sowie der Unternehmen. Gleichzeitig machen sie eine immer radikalere ideologisch verengte Politik mit Vorschriften und Verboten, welche die Freiheit und die Selbstverantwortung der Bürger massiv einschränkt.

**Diesem Treiben will die SVP den Riegel schieben.** Sie greift die links-grünen Städte an, weil diese dekadent von Privilegien leben – auf Kosten der hart arbeitenden Land- und Agglo-Bevölkerung. Diese Entwicklung muss gestoppt werden: Sie untergräbt die bürgerlich-liberalen Grundwerte der Schweiz sowie den Zusammenhalt der Bevölkerung über Regionen und soziale Milieus hinweg. Stossend ist dabei, dass die Landbewohner den **dekadenten Lebensstil der Lifestyle-Linken** in den Städten in erheblichem Mass mitfinanzieren. Um den schädlichen Einfluss der links-grünen Städte auf die freiheitliche politische Kultur der Schweiz zu beschränken sowie **mehr Fairness und Transparenz** in den Stadt-Land-Beziehungen sicherzustellen, schlägt die SVP Schweiz je nach Kantonalsektion mögliche Massnahmen vor:



- die Herstellung der **Kosten- und Steuerwahrheit** zwischen Städtern und Landbevölkerung;
- die Streichung oder Kürzung des soziodemografischen Ressourcenausgleichs im NFA. Die sogenannten «**Zentrumslasten**» sind **historisch überholt** und den Zentrumsvorteilen gegenüber zu stellen. Die «Zentrumslasten» dienen den links-grün dominierten Stadtregierungen als Vorwand, weiter ihre Klientelpolitik zu finanzieren und den Sozialstaat wuchern zu lassen, statt Missbräuche zu bekämpfen und positive Anreize zu setzen;
- die Berechnung und Verteilung der **Nationalratssitze erfolgen auf der Basis der Schweizer Bürgerinnen und Bürger** und nicht der ständigen Wohnbevölkerung;
- die Kernstädte werden als **eigenständige Prämienregionen** geführt, damit die Landbevölkerung nicht auch noch über die Krankenkassenprämien die viel höheren städtischen Gesundheitsausgaben pro Kopf subventionieren müssen;
- die **Auslagerung bestimmter Verwaltungszweige**, da die Löhne in der Stadt höher sind, der verkehrstechnische Zugang erschwert ist und durch die links-grünen Städte gezielt immer mehr verbarriadiert wird;
- die Einführung eines «**Bezirksmehrs**» – analog dem Ständemehr beim Bund – bei allen kantonalen Sachabstimmungen. Das ist gerechtfertigt, weil die Landbezirke meistens wesentlich mehr an die Kosten der Vorlagen beitragen als die Städte (kantonale Volksinitiativen);
- **Ausgemeindungen** aus dem Städteverbund: Seit Jahrzehnten finden Eingemeindungen ehemals selbständiger ländlicher Gemeinden in die Städte statt. Diese eingemeindeten Dörfer müssen nun den wuchernden Sozialstaat und die Profiteure der links-grünen Politik mitfinanzieren. Durch die Ausgemeindungen aus dem Stadtverbund erhalten die früheren Gemeinden Autonomie und Budgethoheit zurück (Vorstösse Stadtparlamente);
- die Abgabe von **Kulturgutscheinen** an die Steuerzahler. So können diese selber entscheiden, welche Art von Kultur sie mit ihrem Steuergeld finanzieren wollen;
- eine faire **Beteiligung der Gratis-Velofahrer** an der Verkehrsfinanzierung (kantonale Vorstösse);
- die **Reduktion der Masseneinbürgerungen** in den Städten;
- eine ernsthafte Diskussion über die Bildung von **ländlichen Halbkantonen**;
- Gegensteuer zum links-grünen Medien-Mainstream (Unterstützung des Referendums «**Staatsmedien Nein**»).